

Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft  
und Beschäftigung -

Tagesordnung 1 Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 31.01.2007

Vorlage Nr. 07-F-25-0007

**Bundesprogramm zur Schaffung von Jobs für Langzeitarbeitslose mit körperlichen oder psychischen Einschränkungen**  
**-Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 23.01.2007-**

**Vorbemerkung:**

**Wie Pressemitteilungen zum Jahreswechsel zu entnehmen war, plant die Bundesregierung ein Förderprogramm für Langzeitarbeitslose mit erheblichen körperlichen oder psychischen Einschränkungen. Das Ziel dieses Programms sei die Schaffung von rund 100.000 neuen Jobs vornehmlich in der Privatwirtschaft, aber auch in Form von öffentlich geförderter Arbeit in Kommunen.**

**Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung beschließen:**

**Der Magistrat wird gebeten, nach Vorlage des Förderprogramms durch die Bundesregierung dem Ausschuss zu berichten,**

**wie groß der Personenkreis in Wiesbaden ist, der durch das Programm profitieren könnte;**

**wie viel Fördermittel die Landeshauptstadt Wiesbaden beantragt, um wie viele Langzeitarbeitslose mit erheblichen körperlichen oder psychischen Einschränkungen in einen Job zu vermitteln;**

**ob und wenn ja, für welche kommunalen Dienstleistungen die Landeshauptstadt Wiesbaden einen Einsatz plant.**

---

**Beschluss Nr. 0036**

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2007

Oschmann  
stv. Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .02.2007

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .02.2007

Dezernat VI in Verbindung mit  
Dezernat III  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister